
Kreistagsfraktion

Fraktionsvorsitzender
Guido Gutsche
Homanns Kämpfe 17 b
59320 Ennigerloh
Tel. 02524 4870
Mobil 0170 311 46 70
ggutsche@aol.com

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Kreishaushalts 2015

12.12.2015

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages, meine Damen und Herren....

Quo vadis Kommunal финанzen ?

Ja, wo geht ihr hin...

Schon die Finanzstatusberichte im Kreis und unseren kreisangehörigen Städten und Kommunen Mitte des Jahres ließen es erahnen, ...das wird gegen Ende des Jahres für alle in unserer kommunalen Familie ein böses Erwachen geben.

Nicht nur das Defizit des aktuellen Kreishaushalts 2014 erhöht sich trotz aller Sparanstrengungen von 800.000 auf runde 2,3 Millionen Ende des Jahres und führt damit zum Tabubruch eines Umlagehaushalts, nämlich dem Abschmelzen unserer ohnehin geringen Allgemeinen Rücklage.

Vor allem die Signale aus den Städten und Gemeinden lassen dunkle Gewitterwolken nicht nur über dem Kreis Warendorf, sondern über dem Portemonnaie unserer Bürgerinnen und Bürger aufziehen !

Dazu Bürgermeister Knop : Oelde droht ein Anstieg auf 590 % Grundsteuer B

Dazu Bürgermeister Ruhmöller : Ahlen droht ein Anstieg auf 650% Grundsteuer B

Ennigerloh : Dort beantragt die FWG, die Grundsteuer B um 25% zu erhöhen, auf dann ebenfalls über 500%

Zahlen, meine Damen und Herren, die in unserem Kreis nie dagewesen sind !

Zahlen, die im Zusammenhang mit der Nennung des Wortes « Oelde » einfach unmöglich erscheinen. Das reiche Oelde, mit 6500 Industriearbeitsplätzen deutlich gewerbesteuerstärker als Warendorf mit 1500. Oelde, dass trotz seines eigenen Millionen-Defizits von dieser Landesregierung als reich angesehen und zu Zwangsabgaben im sogenannten Stärkungspakt Stadtfinanzen an die maroden Ruhrgebietsstädte genötigt wird !

Ruhrgebietsstädten, in denen einige ihre Bürgerinnen und Bürger zu mittlerweile 1000% Grundsteuer-Abgaben verdonnern ! Die sich aber trotzdem für 1,2 Milliarden Euro Steagkraftwerke leisten, erst in 2014 die zweite Hälfte für 580 Millionen Euro!

Das sind Zahlen, verehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, da wollen wir und dürfen wir hier in diesem Kreis Warendorf nicht hin !

Ich frage Sie, ...was ist das für ein Land, was ist das für eine Landesregierung, die für ihre Städte und Gemeinden, für ihre Bürgerinnen und Bürger keine andere Antwort hat,

www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de

als immer nur an der Steuer- und Abgabenschraube zu drehen ???....gerade erst wurde auch die Grunderwerbsteuer von 5 auf 6,5% erhöht...

Was ist das für eine Politik, die keinen Horizont eröffnet, sondern scheinbar nur den Weg in das finanzpolitische Nirwana weist....ich erinnere an die verfassungswidrigen Landeshaushalte der letzten Zeit.

Dabei müsste es Nordrhein-Westfalen eigentlich blendend gehen. Gibt es hier doch den höchsten Kommunalisierungsgrad öffentlicher Aufgaben aller Bundesländer in Deutschland.

Der liegt hier bei rund 55%.

Im Nachbarland Niedersachsen bei 48,5%, in Bayern bei nur 47%.

Das heißt im Klartext: In NRW erledigen die Kommunen mehr staatliche Aufgaben als woanders. Da spart das Land schon mal, es sei denn, man gibt uns das Geld für die Aufgabenerfüllung.

Aber ist das so ?

Mitnichten. In NRW wurde der **Verbundmassesatz**, also der Anteil der Städte und Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern seit 1982 **von früher 28,5% sukzessive auf 23,5% gesenkt**, bei ständig steigenden Aufgaben in unserer kommunalen Familie.

Also....es müsste dem Land NRW richtig gut gehen.

Kein Grund also, Städten wie Oelde auch noch in ihrer eigenen Finanznot Geld abzuknapsen. Es müsste ja genug in der Landesschatulle sein.

HIER liegt die Ursache für die meisten unserer Probleme. Jahrelange verfehlte Politik in Düsseldorf.

Zum Vergleich Bayern :

Im Zeitraum 2000 bis 2012 hat sich ein **Wachstumsvorsprung von 8% zu NRW aufgetan**. Für **NRW alleine den Durchschnitt der Flächenländer zu erreichen, hieße 3 Milliarden mehr Steuereinnahmen.**

Meine Damen und Herren, dies sind die fehlenden Milliarden, die uns hier belasten.

Aber nicht nur das .

Von 2000 auf 2014 wurden in NRW die **Schlüsselzuweisungen dramatisch zuungunsten des kreisangehörigen Raums in die Großstädte verschoben**. Bei 41,5 % Einwohneranteilen erhielten die kreisfreien Städte in 2000 45%, in 2014 aber bereits 54,30% der Schlüsselzuweisungen.

Die Auszahlungen je Einwohner im selben Zeitraum stiegen bei den Großstädten von 378 auf 591 € (macht 56%), bei uns im kreisangehörigen Raum lediglich von 307 auf 354 € (macht 15%).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

56% Anstieg in den Metropolen, 15% bei uns !

Das ist der Skandal !... **Da kann Herr Innenminister Jäger noch so oft betonen, er habe noch nie so viel für die Kommunen ausgegeben** (aus bundesweit sprudelnden Steuereinnahmen wohlbemerkt), **wenn bei uns hier vor Ort nichts von dem Geld ankommt.**

Denn auch die Schlussfolgerungen des von der Landesregierung in Auftrag **gegebenen Fifo-Gutachtens**, dass die jahrelange ungerechte Verteilung der Kommunalfinanzen endlich herausgearbeitet hat, wird von der Landesregierung bzgl. des ländlichen Raums nicht umgesetzt. Es würde uns hier vor Ort nämlich endlich DEN Steuer-Anteil bescheren, der uns schon lange zusteht !

Im Gegensatz dazu will Bayern im Rahmen seines Programms 2020 vergleichbare Rahmenbedingungen im gesamten Land, vor allem im ländlichen Raum, herstellen, um

die Zukunftsfähigkeit in ALLEN Regionen zu sichern und Massenabwanderungen in Metropolregionen mit sukzessiver Verödung ländlicher Bereiche zu vermeiden.

Alleine beim **Ausbau des Internets** will Bayern hier 2 Milliarden Euro in den nächsten Jahren investieren. Und nicht nur 70 Millionen wie das einwohnerstärkere NRW.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen hier bei uns im Kreistag,

wirken Sie bitte deutlich in Ihren Parteigremien auf Ihre Parteispitzen im Land ein und lassen Sie uns GEMEINSAM dafür einsetzen, dass wir den gerechten Teil des Kuchens erhalten, der uns auch zusteht !

Und lassen Sie uns gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg dafür einsetzen, dass die dringend notwendigen Entlastungen bei der Wiedereingliederungshilfe behinderter Mitmenschen durch die Bundesebene möglichst frühzeitig kommen. Gegen die Explosion der Soziallasten können wir hier nicht ansparen. **Der weiteren Ausweitung sozialer Standards und Sozialgesetzgebung muss dringend Einhalt geboten werden!**

Die volle Übernahme der Grundsicherung durch den Bund entlastet unsere Kommunen jetzt Gott sei Dank um 14 Mio Euro und 4 %-Punkte Kreisumlage und auch die sogenannte Übergangsmilliarde und die 500 Mio Flüchtlingssoforthilfe durch den Bund sind der richtige Weg.

Überhaupt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, waren die **diesjährigen Haushaltsplanberatungen von einem gekennzeichnet :**

Einem hohen Maß gemeinsamen Willens, das Möglichste zugunsten unserer Städte und Gemeinden herauszuholen.

Wir alle, die CDU-Fraktion und auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen in den anderen Fraktionen, haben nachweisbar jedes Produkt in unserem Kreishaushalt auf das Machbare untersucht.

Quintessenz war eine Vielzahl von Anträgen zu großen und kleinen Positionen, deren Umsetzung uns heute zu einer spürbaren Entlastung unserer Kommunen in folgender Größenordnung führen wird:

Kreisumlage : **Absenkung** um 0,4%-Punkte von 37,6 auf 37,2%-Punkte
Jugendamtsumlage : **Absenkung** um 0,1%-Punkte von 18,1 auf 18,0%-Punkte

Dies ist ein **gemeinsamer Erfolg**, nachdem wir in den letzten Jahren bereits die gesamte Ausgleichsrücklage des Kreises an unsere Städte und Gemeinden ausgekehrt haben.

Das hohe Maß an Geschlossenheit beim Erreichen dieses Ergebnisses verdeutlicht aber auch unseren Städten und Gemeinden : Viel mehr geht nicht. Wir alle hier in diesem Haus haben uns dafür eingesetzt und viele Stunden der Beratung investiert, um für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen in den Stadträten, verehrte Frau Bürgermeisterin Kammann und verehrte Bürgermeister, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, DAS an Entlastung aus dem Kreisetat herauszuholen, was vertretbar herauszuholen ist.

Bei den Beratungen haben alle feststellen müssen, dass mancher Sparwille an gesetzlichen Vorgaben scheitert.

Beispielhaft nenne ich die weitere halbe Stelle zur Überwachung des Waffenwesens, deren Streichung Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FWG beantragten. Auch die CDU-Fraktion hatte intern einen entsprechenden Antrag fertig. Wir haben ihn aber nach eingehender Aufklärung durch die Kreispolizei vor Antragstellung wieder eingedampft.

Auch den massiven Personalaufwuchs bei den Integrationshelfern in Regelschulen bei gleichbleibenden Zahlen in den Förderschulen wollten wir mengenmäßig deutlich begrenzen. Sie stiegen von 2010/11 von 18 über 29 in 12/13 auf 45 in 13/14 und sollen in 2014/15 die stolze Zahl von 60 erreichen. Personalkosten, die wir mittelbar über Kostenersatz an die Träger leisten. Alleine in 2014 entstanden Mehrkosten i.H.v. 800.000 €.
Ich erinnere mich hier nur zu gut an die eine und andere mehr oder weniger entspannte Diskussion mit unserem verehrten Herrn Kreisdirektor Dr. Börger.

Unsere Auffassung, wer die Musik bestellt – hier : die konkrete und hastige Umsetzung der Inklusion durch die Landesregierung – muss sie auch bezahlen, mündet mittlerweile in Diskussionen innerhalb der CDU-Fraktion zu der Auffassung, dass wir bei mangelnder finanzieller Ausstattung uns übertragener gesetzlicher Aufgaben diese auch nur im Rahmen der finanziellen Mittel erfüllen wollen.

Was das bedeutet, ist klar ! Einschnitte.

Aber wir sehen es nicht mehr ein, dass letztlich der Bürger die Zeche mittels Gewerbe- und Grundsteuererhöhungen bezahlen muss und wir die Prügel für Kreisumlageerhöhungen einstecken, während sich andere staatliche Ebenen mit Wohltaten rühmen.

Ganz besonders nicht in diesem wirklich einschneidenden Jahr für viele Städte und Kommunen in unserem Kreis.

Im konkreten Fall mit den Integrationshelfern mußten wir uns allerdings belehren lassen, bei konkreter Beschränkung der Integrationshelferzahl womöglich zu Rechtsbrechern zu werden. Daher setzen wir auf das Verwaltungskonzept der Budgetierung, haben aber als Sparansporn 80.000 € Ansatzkürzung vorgenommen.

Nichtsdestotrotz wollen wir den Weg grundsätzlich weitergehen, die Umsetzung bestellter und auf uns abgeladener Aufgaben nur noch im Rahmen des mitgelieferten Konnexitätsgeldes zu erfüllen.

Die interkommunale Zusammenarbeit wollen wir weiter stärken und konsequent angehen.

Wir alle wissen, dass das Thema von jedermann in den Mund genommen wird, jedoch auch hier und da Eifersüchteleien oder Besitzstandsdenken zwischen potentiellen Partnern der gemeinsamen und für den Steuerbürger entlastenden Kostenersparnis entgegenwirken.

Doch um wirklich Synergiepotentiale heben zu können, müssen gerade angesichts der drohenden massiven Grundsteuererhöhungen alle möglichen Themenfelder konsequent angepackt und untersucht werden. Hier erwarten wir, dass man im Falle des Falles auch mal über den eigenen Schatten springt im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Dieses haben wir beantragt.

Und das Gespräch der Bürgermeister mit unserer Fraktion hat gezeigt, dass auch für sie dieser Weg notwendig ist.

Themenfelder sind hier unter anderem :

Die Feuerwehr (Koordination, Alarmzeiten und Einsätze, gemeinsame Beschaffungen etc.)

Die Bauhöfe (Zusammenschlüsse, gemeinsame Fahrzeugkonzepte ; Winterdienste und Sanierung von Wegeseitengräben, wo wir uns vorstellen können, auch landwirtschaftliche Lohnunternehmen mit einzuspannen)

Weiterer Ausbau der Servicestelle Personal, gemeinsame Ausschreibungen (z.B. bei der Energiebeschaffung), Adoptionsvermittlung, Inobhutnahmestelle, Kleinkläranlagenwesen etc.

Weitere Ausführungen zu Einzelpositionen der diesjährigen Haushaltsdebatten spare ich mir, sie sind hinlänglich bekannt und können den Protokollen entnommen werden.

Aber ich möchte und muss abschließend noch einmal Bezug auf das leidige Eingangsthema Gemeindefinanzierung nehmen.

Muss deshalb, weil zurecht zu befürchten steht, dass die Landesregierung trotz aller Proteste, Urteile und Gutachten weiterhin alles daran setzen wird, die kommunale Verteilmasse weiterhin in die Metropolregionen zu lenken.

Weil die **falschen Akzente der Landesregierung** eine **Antiwirtschaftsförderungs- und Bürokratisierungspolitik** beeinhaltet, die gerade der Grund sind, warum wir hier in NRW den Anschluss an andere Flächenländer verlieren und damit das Steueraufkommen opfern, das die Kommunen bitter benötigen.

Ich frage, meine Damen und Herren,
Warum ist NRW so schwach ?

Man schaue sich nur den **neuen Landesentwicklungsplan** an, **der mit seinen Hemmnissen, zeitlichen Verzögerungen und Auflagen für investitionswillige Unternehmen das beste Wirtschaftsförderungsprogramm für unsere Nachbarbundesländer** ist, in die dann die Unternehmen abwandern !!!

Ich verweise auf das Bürokratiemonster "Tariftreue- und vergabegesetz", das vor allem kleine Mittelständler und Handwerker faktisch von der Teilnahme an öffentlichen Vergaben und damit Einnahmen ausschließt. Die Teilnehmerzahl an öffentlichen Ausschreibungen reduziert sich bereits.

Oder der jahrelange Umgang mit wichtigen Infrastrukturmaßnahmen und Straßenplanungen. Wo nicht eine überkonsequente Umsetzung teilweise überzogener Umweltgesetzgebung durch die Landesregierung wichtigen Infrastrukturvorhaben frühzeitig den Garaus macht, erledigen fehlende Planungen mangels ausreichender Planungskapazitäten oder vorhandenem Planungswillen den Rest.

Dann muß man eben das in Berlin bereitgestellte Geld wieder zurückgeben und andere Bundesländer bedanken sich in Düsseldorf !

Nur zur Info :

NRW investiert 34 € je Einwohner in den Straßenbau, der Durchschnitt der Flächenländer liegt bei 55 €, Bayern investiert 70 €.

Vom wenig investitionsfreudigen Klima gegenüber der Wirtschaft will ich gar nicht sprechen. Nur noch einmal das Augenmerk auf die drohende neueste Bürokratieexplosion richten, der Marktüberwachung im Abfallbereich. Nach Auffassung von Herrn Umweltminister Remmel soll diese Aufgabe den Kreisen und kreisfreien Städten obliegen.

Und gerade, WEIL wir vom Land nichts erwarten dürfen, meine Damen und Herren, müssen wir zusehen, wie wir unsere Einnahmesituation hier in der Region möglichst aus eigener Kraft stärken.

Ein **wirtschaftsstarkes Münsterland** mit einem guten Arbeitsplatzangebot ist der beste Magnet für junge Familien und Fachkräfte, bei uns zu bleiben oder in unsere Region zu ziehen. Neben der Umsetzung unseres **eigenen Kreisentwicklungsprogramms** dient vor allem die Profilierung des Münsterlands im Wettbewerb der Regionen der Standortstärkung.

Wir wollen daher eine **schlagkräftige Neuausrichtung des Münsterland e.V.** unter ausgeprägter wirtschaftsorientierter Ausrichtung, wie aus Ostwestfalen bekannt, konsequent vorantreiben.

Wir wollen auch die **Nähe zur Niederlande** und die Fachkompetenz der Euregio verstärkt als Chance begreifen und nutzen, um niederländischen Fachkräften das Münsterland und speziell den Kreis Warendorf schmackhaft zu machen. Denn bei uns macht sich der Fachkräftemangel zunehmend negativ bemerkbar. In der Region Overijssel hingegen ist die Arbeitslosigkeit hoch.

Wir wollen mit einer **Regionalplanung an der Grenze des Machbaren** zum Landesentwicklungsplan ein Maximum an Flexibilität bei Gewerbe- und Siedlungsflächenausweisung herausholen.

Wir wollen einen wiedererstarkenden Flughafen **FMO**, der als **notwendiger Infrastrukturstandort** und Identifikationssymbol unserer Region auch ein wichtiger Gewerbe- und Arbeitsplatzstandort ist.

Am Flughafen hängen 3500 Arbeitsplätze mit einer Bruttowertschöpfung von 170 Mio Euro und einem Steueraufkommen aus dortigen Leistungen von 40 Mio Euro.

Die jetzt dort gerade gebauten riesigen Hallen der Logistikfirma Schumacher sind erst der Anfang des geplanten Invests mit dann alleine 500 Arbeitsplätzen.

Wir begreifen das Aus für den Flughafen Twente als Chance für einen gemeinsamen niederländisch-münsterländischen Airport.

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Landrat,

WIR WOLLEN EINEN STARKEN KREIS WARENDORF IN EINER STARKEN REGION !

Damit unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Unternehmen und unsere Städte und Gemeinden, aufgrund eigenen guten und natürlichen Steueraufkommens eben nicht so hoch belastet werden müssen wie in anderen Regionen.

Vielen Dank

Sehr geehrter Herr Landrat,
ich danke Ihnen und Ihrer Mannschaft für die hervorragende Begleitung der diesjährigen Haushaltsplanberatungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen,
ich danke Ihnen für die sehr sachlichen, zielorientierten und unideologisch geführten Gespräche und Diskussionen. Auf die Art und Weise, wie ich dies heuer wahrgenommen habe, werden wir unseren Kreis gemeinsam gut in die Zukunft begleiten.

Und zum Schluss noch ein Wort an die eigene Fraktion,
meine lieben Freundinnen und Freunde, ich danke Euch insbesondere für die vielen Stunden gemeinsamen Engagements und das Vertrauen, das Ihr mir entgegen bringt.

Ich danke Euch....